

# Mein 68

Autor(en): **Höpli, Gottlieb F.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **88 (2008)**

Heft 960

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-168006>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Um es bei einem Beispiel zu belassen, das ein erschreckendes Schlaglicht auf den Mangel an SPD-Wirtschaftskompetenz wirft: der vieldiskutierte Mindestlohn erhöht eher die Gefahr der Arbeitslosigkeit für Geringqualifizierte sowie der Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland, und er fördert die Schwarzarbeit. Zu Recht hat der Wirtschaftswissenschaftler Bernd Meyer jüngst auf eine *«ganz schlichte Erkenntnis»* hingewiesen, wie er selbst sagt: *«Wenn der Mindestlohnsatz höher ist als derjenige Lohn, der sich bei vollständig flexiblem Arbeitsmarkt ergäbe, dann ist die Beschäftigung der Geringqualifizierten natürlich niedriger, als wenn der Lohn sich frei auf dem Arbeitsmarkt gebildet hätte. ... Man erreicht also mit dem Mindestlohn genau das Gegenteil dessen, was angestrebt wird.»*

Die SPD scheint noch nicht gemerkt zu haben, dass überall dort, wo sie hin möchte, die Linkspartei schon ist – ganz so wie in Grimms Märchen vom Hasen und vom Igel: «Ik bün all hier». Der Linksruck der Sozialdemokraten hat die Linkspartei eher gestärkt, nicht geschwächt. Dabei setzte die *«Erosion der Abgrenzung»* (Wolfgang Rudzio) gegenüber der Linkspartei auf Bundesländerebene schon in den 1990er Jahren ein. Mit der Tolerierung der SPD-Minder-

Die SPD scheint noch nicht  
gemerkt zu haben, dass  
überall dort, wo sie hin möchte,  
die Linkspartei schon ist.

heitsregierung in Sachsen-Anhalt durch die damalige PDS und die anschliessenden Koalitionen mit der SED-Nachfolgepartei in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin wurde die Partei erst hoffähig gemacht.

Es war geradezu widersinnig, programmatisch nach links zu «rutschen», sich aber (im Westen Deutschlands) koalitionspolitisch gegen links strikt abzugrenzen. Wer einen Linksschwenk vollzieht, müsste sich eigentlich gegenüber potentiellen linken Koalitionspartnern öffnen und einem Linksbündnis gegenüber aufgeschlossen zeigen, was die SPD auf Länderebene seit jüngstem tut. Und wer auf Abstand zur politischen Linken bedacht ist – ein Anliegen der SPD auf Bundesebene –, der müsste programmatisch eher die Mitte stärken. Der Wähler fragt sich, wie glaubwürdig eine solche Partei ist. Der Wirrwarr offenbart die tiefe Verunsicherung der SPD. Die Sozialdemokraten werden die Geister, die sie einst riefen, nicht mehr los.

RALF ALTENHOF, geboren 1964, ist promovierter Politikwissenschaftler und Publizist in Freiburg (D).

Nostalgiker und Kritiker von «1968»  
haben eines gemeinsam: sie überschätzen jene  
aufregenden Sommertage.

## Mein 68

Gottlieb F. Höpli

*«Alles ist politisch; auch das Private ist politisch»* – die Fallhöhe zwischen utopischem Anspruch und studentischer Realität war gross. Die 68er-Parole diente im Alltag oft ganz gewöhnlich dazu, einem Genossen seine Freundin auszuspannen oder in einem Warenhaus einen Gegenstand mitlaufen zu lassen (pardon: zu «vergesellschaften»). Die Russen, die schon etwas längere Erfahrung mit dem realen Kommunismus besaßen, benannten das konkreter: *«Was mein ist, ist mein. Was dein ist, ist auch mein.»* Nur interessierte uns das damals noch nicht sehr.

Mein diesbezüglicher Beitrag zu 1968, in dessen Verlauf ich keinem Genossen die Freundin ausgespannt, keinen Pflasterstein geworfen habe und keiner revolutionären Zelle beigetreten bin, bestand im banalen Kauf von Turnschuhen – nicht, wie damals üblich, für den ausschliesslich sportlichen, also privaten Gebrauch, sondern für das schnellere Vorankommen zwischen Universität, Globus-Provisorium, Bellevue und anderen Plätzen Zürichs, an denen in jenen zwei, drei Sommermonaten etwas los war. Man war kein Aktivist, aber man war «politisiert» und wollte vom aufregenden Geschehen nichts verpassen.

Es ging ja weniger um konkrete politische Inhalte, vielmehr um den Eindruck, dass die junge Generation die Verhältnisse weltweit zum Tanzen brächte: die Bewegung gegen den Vietnamkrieg, der Pariser Mai und de Gaulles Wanken, das Aufbrechen verkrusteter Universitätsstrukturen in ganz Europa... Es war ein kollektiver Rausch, das Wohin spielte eine untergeordnete Rolle. Der Historiker Herbert Lüthy, für mich einer der brilliantesten Zeitdiagnostiker des vergangenen Jahrhunderts, merkte zum Phänomen jugendlichen Aufbegehrens im Jahre 1969 sarkastisch an: *«Mit dem sicheren Instinkt ihrer kritischen Intelligenz hatte die studierende Jugend von jeher begriffen, dass die einzig wahre Klassengliederung der Gesellschaft die Gliederung in Altersklassen ist und der einzig wahre Klassenkampf somit der ihre.»*

Beginnen hat mein «1968» in meinen beiden Semestern 1965/66 an der Berliner FU. Überhaupt spielte sich der grössere Teil dessen, was heute unter dem Label «1968» als Mythos bestaunt oder als Beginn moralischen Zerfalls verdammt wird, in den Jahren zuvor ab. In Berlin, wo viele

linke und pazifistische Studenten studierten, um dem Dienst in der Bundeswehr zu entgehen, war die Stimmung schon damals febrig. Sit-ins, Vollversammlungen, Demonstrationen gab es fast täglich. Für einen Schweizer war der Fanatismus Dutschkes und der Seinen unheimlich – man begann schon 40 Jahre vor dem Buch des Historikers Götz Aly («Unser Kampf», 2008) heimlich Vergleiche mit dem Fanatismus der Nazis anzustellen.

Hitlers Drittes Reich war noch nahe, die Schlacht um Berlin im tristen Osten der Stadt noch an jeder zweiten Hauswand ablesbar. Auch im bürgerlichen Schöneberg waren die Fensterrahmen verzogen, liessen im Winter den eisigen Wind ins Badezimmer blasen. Aus vielen Gesprächen musste ich schliessen, dass in den Familien meiner deutschen Kommilitonen die schrecklichen zwölf Jahre 1933 bis 1945 noch so verstörend waren, dass sie kaum je zum Thema wurden – und auch von den Söhnen und Töchtern nicht zur Sprache gebracht wurden. Stattdessen wurde lieber das unaufhörliche Reden studentischer Wortführer über «*faschistische Tendenzen*» in der Bundesrepublik und der westlichen Welt nachgeplappert.

Aktiv, ja aktivistisch war dann an der Zürcher Universität mein Engagement als Fachschaftspräsident der Germanisten und als Studentenparlamentarier für Studien- und Prüfungsreformen. Die anschwellende Maturandenflut hatte den Druck auf ein strukturierteres Studium ohnehin erhöht. Ob die Studienreformen jener Zeit ein einseitiger Erfolg der studentischen Unruhe waren, bleibt dennoch zu bezweifeln. Die zunehmende Dynamik der Nachkriegszeit hatte damals eben auch die Hochschulen erreicht. Von Muff unter den Talaren war in Zürich ja, im Gegensatz zu vielen Magnifizenzen und Spektabilitäten gewisser deutscher Unis, wenig zu spüren, auch wenn uns damals explizit grossbürgerliches oder gar militärisches Gehabe verdächtig erschien.

So bleibt man heute als damals Dabeigewesener gegenüber rosigen Selbstverklärungen ebenso skeptisch wie gegenüber jenen Politikern, die «1968» zum Ursprung allen gesellschaftlichen und bildungspolitischen Übels machen wollen. Beides sind wohl Überschätzungen des Phänomens. Dass zuvor alles «*dumpf, eng und verbiestert*» gewesen, danach aber die Gesellschaft «*freier, heiterer, offener*» geworden sein soll, wie es der Schriftsteller Urs Widmer erlebt haben will, befremdet daher doch erheblich. Denn nach einem gesellschaftlichen Aufbruch, der vielleicht zuallererst Symptom einer Wachstumskrise war, folgten die verhängnisvollen Verengungen der 70er Jahre in ganz Europa: politisches Sektierertum, Abdriften in gewaltsame Umsturzphantasien, die bleiern Jahre. Die Verhältnisse tanzten also höchstens einen Sommer lang – jenen von 1968.

GOTTLIEB. F. HÖPLI, geboren 1943, hat bei Emil Staiger mit einem Lizentiat in Germanistik abgeschlossen und ist Chefredaktor des «St. Galler Tagblatts».

Als «Steuersünder» und «Steuerflüchtlinge» werden Menschen bezeichnet, die ihr Geld vor dem Fiskus in Sicherheit bringen. Die politische Rhetorik zielt auf moralische Verunglimpfung. Warum nicht illegitim sein muss, was nicht legal ist.

## Auf der Flucht

Pierre Bessard

Der tief verschuldete deutsche Staat verzweifelt an seinen überbesteuerten Bürgern. Und bläut ihnen ein, dass Steuerhinterziehung einen Verrat am eigenen Land darstelle. Glaubt man einem deutschen Altfinanzminister, soll Steuerhinterziehung gar eine Bedrohung für die gesamte Zivilisation sein. Solche Statements müsste man komisch nennen, wären sie nicht Ausdruck tragisch verqueren Denkens.

Es wird nämlich unterstellt, dass der Staat – also die Menschen an der Macht – einen unanfechtbaren Anspruch auf die Früchte der Arbeit – mithin auf das Eigentum seiner Mitbürger – habe. Diese Ungerechtigkeit, die allen überbordenden Umverteilungsstaaten eigen ist, wird in der Regel damit relativiert, dass der Bürger in einer politischen Demokratie frei sei und seine Unzufriedenheit an der Urne äussern könne. Schön wär's. Die Realität sieht leider anders aus.

Die Ansicht ist schon deshalb falsch, weil der einzelne Stimmbürger, rein mathematisch gesehen, keinen wesentlichen politischen Einfluss auf ein Wahlergebnis und noch weniger auf die parlamentarischen Geschäfte hat. Die Mehrheitsregel ist auch keine Garantie gegen Machtmissbrauch, schon gar nicht in einem Umverteilungsstaat, wo ständig Stimmen mit Renten und Subventionen aller Art gekauft werden. Dazu passt, dass die Unterschiede zwischen den Parteien, die allesamt die Zustimmung der grösstmöglichen Zahl der Menschen anstreben, naturgemäss minim sind.

Die Ansicht, dass ein steuerlich ausgepresster Bürger die politischen Verhältnisse im eigenen Land verändern könne